



24.07.2019

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

### **Diskriminierung durch Security: Kein Einzelfall in Berlin**

Die TAZ berichtete am (22.07.2019), dass Security-Mitarbeiter einer Flüchtlingsunterkunft in Lichtenberg sich geweigert hatten, einen Rettungswagen zu rufen, nachdem ein Mann, dessen hochschwangere Partnerin unter Schmerzen und Blutungen litt, darum gebeten hatte. Das Paar begab sich zu Fuß und mit der Straßenbahn auf den Weg ins Krankenhaus, wo der Tod des Kindes festgestellt wurde. Ein ärztliches Gutachten prüft nun, ob das Baby bei rechtzeitiger medizinischer Versorgung hätte gerettet werden können.

Als Beratungsstelle gegen rassistische Diskriminierung erhalten wir immer wieder Meldungen über Übergriffe von Security-Mitarbeitern<sup>1</sup> u.a. aufgrund von Rassismus. Die meisten Diskriminierungsfälle finden in zwei Bereichen statt: Verweigerung von Zugang zu Clubs (racial profiling) und Gewalt in Flüchtlingsunterkünften. Bei racial profiling Fällen, bei denen es um Zugang zu Clubs geht, werden häufig junge Männer und Transpersonen diskriminiert. Häufig kommt es hierbei zu rassistischen Beleidigungen durch Security-Mitarbeiter, die eine rechte Gesinnung nahe legen. Das starke Machtgefälle in Flüchtlingsunterkünften befördert zudem die Gewalt durch Security-Mitarbeiter. Als Beratungseinrichtung haben wir in der Vergangenheit erlebt, dass Sozialarbeiter\*innen im Heim betroffenen Gewaltopfern davon ab, gegen die erlebte Diskriminierung vorzugehen. Dies weist auf ein strukturelles Problem hin.

Der im Artikel erwähnte Fall zeigt, dass eine Überarbeitung und strikte Regelung der medizinischen Notfallversorgung im Sinne der geflüchteten Menschen durch das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) dringend geboten ist.

Im Sinne der Diskriminierungsprävention fordert das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin eine bessere Schulung von Security-Mitarbeitern in den Bereichen Diskriminierungssensibilität, eine Kündigung der betroffenen Mitarbeiter, sowie eine Stellungnahme zu den Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes geflüchteter Menschen.

Kontakt: Hajdi Barz; Projektleitung ADNB; 030-61305328; hajdi.barz@tbb-berlin.de

---

<sup>1</sup> Da es sich in den uns bekannten Fällen um cis-männliche Mitarbeiter handelt, wird hier bewusst nicht gegendert.